



Antrag

Fraktion AfD

Sofortmaßnahmen und Planung zur Reduzierung von Abfallimporten nach Sachsen-Anhalt und zum Aufbau einer nachhaltigen Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass im Hinblick auf die Datenlage des Abfallwirtschaftsplanes für das Land Sachsen-Anhalt, in der Fortschreibung 2017, der Beschluss „Abfallimporte reduzieren - Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft stärken!“ (Drs. 7/665) in seinen drei Beschlusspunkten nicht auf eine mittel- und langfristige Reduzierung der Abfallimporte zielen kann, sondern ein Sofortprogramm erstellt werden muss, damit der aktuelle Trend der zunehmenden Abfallimporte gestoppt werden kann.

Der Landtag rügt zudem die Untätigkeit der Landesregierung dahingehend, dass bisher keine nachhaltige Reduzierung der Abfallimporte nach Sachsen-Anhalt festzustellen ist und tatsächlich eine völlig gegensätzliche Bilanz, als im Beschluss des Landtages (Drs. 7/665) eingefordert, nachweisbar ist.

Daher mögen - vor allem im Hinblick auf die Forderung der reduzierten Abfallimporte - folgende Beschlüsse von der Landesregierung umgesetzt werden:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, anhand der vorhandenen Daten des Abfall- und Stoffkreislaufes eine entsprechende Soll-/Ist-Planung zu den Deponie- und Verbrennungskapazitäten auf der Grundlage der tatsächlich erzeugten Abfallmenge des Landes Sachsen-Anhalt, unter Berücksichtigung der negativen Bevölkerungsentwicklung, aufzustellen.
2. Es ist umgehend - durch die zuständigen Landesbehörden - öffentlich darzulegen, aus welchen Gründen sich eine kontinuierlich ansteigende Bilanz an Abfallimporten aus anderen Bundesländern ergibt und welche - aufgrund der europäischen Rechtslage - realen Möglichkeiten bestehen, eine tatsächliche Entsorgungsautarkie für das Land Sachsen-Anhalt zu erreichen.

3. Unverzüglich ist ein klares Konzept aufzustellen, wie aus einer sich konstant quantitativ vergrößernden Abfallwirtschaft eine qualitative Kreislauf- und Ressourcenwirtschaft im Land Sachsen-Anhalt entstehen kann und soll.

Begründung

Bereits im November 2016 befasste sich der Landtag von Sachsen-Anhalt mit dem immer größer werdenden Problem der „Müllimporte“ und fasste einen Beschluss, um diesen Trend umzukehren. Der Abfallwirtschaftsplan für das Land Sachsen-Anhalt, in der Fortschreibung 2017, führt leider zu der Erkenntnis, dass sich überhaupt eine Änderung, der in der Beschlusslage kritisierten Situation, erkennen lässt. Die 2016 im Land Sachsen-Anhalt entsorgte Menge des Abfalls als solche (11,1 Mill. t!), ist die höchste Abfallmenge seit 2005 und stellt zudem eine Steigerung um 14,0 % - gegenüber dem Jahr 2015 - dar. Davon stammen 5,2 Mill. t aus anderen Bundesländern (47,0 %) und 0,3 Mill. t aus dem Ausland. So wurden zum Beispiel Gleisschotter mit gefährlichen Stoffen, asbesthaltige Materialien sowie Eternitbruchstücke aus dem Ausland in Sachsen-Anhalt eingelagert.

Hinzu kommt, dass 64,0 % der Abfälle, die an die thermischen Verbrennungsanlagen des Landes Sachsen-Anhalt geliefert werden, aus dem Ausland und anderen Bundesländern stammen.

Vergleicht man dazu z. B. den Abfallwirtschaftsplan für den Freistaat Sachsen, in der Fortschreibung 2016, entsorgen zwei Landkreise (Zwickau und Erzgebirge) sowie ein Verband (Meißen) ihre Abfälle in den Verbrennungsanlagen des Landes Sachsen-Anhalt. Demgegenüber werden dann die Abfälle aus dem Harzkreis des Landes Sachsen-Anhalt in der Verbrennungsanlage Helmstedt (Niedersachsen) entsorgt.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender